

Zahnsteiner Tageblatt

Kreisblatt für den

Einziges amtliches Verfündigungs-

Geschäftsstelle: Hochstraße Nr. 8.



Kreis St. Goarshausen

blatt sämtlicher Behörden des Kreises.

Gegründet 1863. — Fernsprecher Nr. 38.

Bezugs-Preis durch die
Geschäftsstelle oder durch
Boten vierteljährlich
Mark. Durch die Post frei
ins Haus Mark.

Nr. 49.

Druck und Verlag der Buchdruckerei
Franz Schödel in Oberlahnstein.

Donnerstag, den 13. März 1919.

Für die Schriftleitung verantwortlich:
Eduard Schödel in Oberlahnstein.

56. Jahrgang.

Amtliche Bekanntmachungen.

Bekanntmachung

Die Eröffnung der preussischen Landesversammlung findet am Donnerstag, den 13. März, nachmittags 2 Uhr, im Abgeordnetenhaus zu Berlin statt.
Wiesbaden, den 12. März 1919.
Der Regierungspräsident.

Wird veröffentlicht.

St. Goarshausen, den 12. März 1919.

Der Landrat.

J. V. Baun.

Fabrikbesichtigungen.

Jede Zivil oder Militärperson, die mit einem Befehl des Herrn Oberbefehlshabers der 10. Armee oder einer Genehmigung der wirtschaftlichen Abteilung der 10. Armee versehen ist, hat das Recht, jede Fabrik zu besichtigen.
Die Direktoren sind dazu verpflichtet, solche Besichtigungen möglichst zu erleichtern.

Den Industriellen steht es frei, ihren Betrieb durch die Vertreter der Gewerbe- und Handelskammern der verbündeten Nationen, mit denen sie in Geschäftsverbindung stehen, besichtigen zu lassen. In jedem anderen Falle sind sie nicht verpflichtet, eine Besichtigung ihrer Fabrik zuzulassen.

St. Goarshausen, den 9. März 1919.

Cercle de Saint Goarshausen.

2. Administrateur militaire.

gez.: G. S. Monod.

Wird hiermit veröffentlicht.

Die Herren Bürgermeister erlaube ich ergebenst, die Industriellen besonders auf vorstehende Bekanntmachung hinzuweisen.

St. Goarshausen, den 10. März 1919.

Der Landrat.

J. V. Riewöhner.

Politische Nachrichten.

Die Friedensfrage.

Wien, 10. März. Beim Empfang der fremden Journalisten erklärte der französische Außenminister Poincaré, die Lebensmittelversorgung Deutschlands werde abhängig gemacht von der Ausführung des Artikels 8 des Waffenstillstandsvertrages vom 16. Januar, der verlangt, daß Deutschland seine Flotte den Alliierten zur Verfügung stellen müsse. Folglich könne man noch nicht daran denken, die Lebensmittelversorgung einzuleiten, solange nicht die Ablieferung der Flotte begonnen habe. Im übrigen seien alle Alliierten einig, Deutschland nicht Hungers sterben zu lassen. Das sei eine Frage der Menschlichkeit.

Die gestern getroffenen Anordnungen bezüglich der Versteuerung eines jeden Alliierten zu dieser Lebensmittelbeschaffung seien sehr befriedigend.

Zweitens, die vor dem 15. Februar ernannten Ausschüsse hätten ihre Berichte beendet, oder seien wenigstens nahe daran, die anderen würden sie bis zum 15. März beenden. Die Ausschüsse, die über die tschechoslowakischen, griechischen, belgischen und rumänischen Angelegenheiten die Verantwortung hätten, hätten ihre Arbeiten beendet. Die Friedenspräliminarien würden schneller unterzeichnet werden, als man gedacht habe.

Drittens, die italienischen Grenzfragen und die Fragen der Zurückforderungen Frankreichs seien geregelt, genehmigt und hätten keinen amerikanischen Charakter.

Viertens, alle Punkte des Vorschlages Lloyd Georges betreffs der Entlassung Deutschlands seien angenommen.

Fünftens, die Regierung Scheidemann scheine über die Spartafragen gesiegt zu haben, aber um den Preis großer Zugeständnisse. Die Angliederung Österreichs an Deutschland könne sich nicht nur nach dem Willen der Österreicher und Deutschen vollziehen, sondern es käme einzig der Konferenz zu, darüber zu entscheiden, und es stünde fest, daß sie eine Entscheidung gegen den Willen der Deutschen treffen würde.

Sechstens, betreffs der Schaffung eines rheinisch-westfälischen Staates als Pufferstaat hätten lediglich Besprechungen stattgefunden, ohne daß die Angelegenheit noch weiter geprüft würde.

Die Lebensmittel- und Schiffsfrage.

Paris, 11. März. (Havas.) Diplomatischer Situationsbericht. Der größte Teil der gestrigen Sitzungen des Obersten Rats der Alliierten war der Prüfung der Lage gewidmet, die durch die Unterbrechung der Verhandlung in Spaa geschaffen wurde. Es wurde beschlossen, an Deutschland eine Note zu schicken, in der darauf hingewiesen wird, daß Deutschland die in Artikel 8 des am 16. Februar in Trier unterzeichneten Waffenstillstands-Zusatzabkommens aufgestellten Bedingungen erfüllen müsse. Dieser Artikel lautet bekanntlich folgendermaßen: Um die Versorgung Deutschlands mit Lebensmitteln zu sichern, wird die deutsche Regierung alle Maßnahmen treffen, um während der Dauer des Waffenstillstandes die deutsche Handelsflotte unter die Kontrolle und unter die Flagge der alliierten Mächte, sowie der Vereinigten Staaten, denen ein deutscher Delegierter beigegeben wird, zu stellen. Diese Abmachungen präjudizieren in keiner Weise die endgültigen Verfügungen über die Schiffe. Der Standpunkt der Alliierten geht nun dahin, daß es unzulässig ist, daß Deutschland, nachdem es der Ablieferung der Handelsflotte zugestimmt hat, heute ihre Übergabe an Bedingungen knüpfen will. Die Alliierten sind bereit, die Versorgung Deutschlands mit Lebensmitteln in vernünftiger Weise vorzunehmen. Sie erwarteten jedoch, daß Deutschland ihnen die hierfür erforderlichen Materialien verschafft, indem es die Handelsflotte übergibt.

Die englische Auffassung.

London, 11. März. Reuter erfährt, alle an amtlicher Stelle eingegangenen Berichte lauten dahin, den großen Ernst der jetzigen Lage Deutschlands zu bestätigen. Man glaube nicht, daß die schwierige Lage durch amtliche Berichte zwecks Stimmungsmache übertrieben werde. In Bayern werde seit Eisners Ermordung der Zentralrat, die einzige bestehende Regierungsstelle, durch eine kleine Gruppe von Bolschewiken beherrscht. Diese bolschewistische Körperschaft erkläre offen, daß Deutschland ihr gleichgültig ist. Ihr einziger Zweck sei, die Lehren der russischen Revolution auszubreiten. So werde zum ersten Male eine reine Bolschewikenregierung in Deutschland errichtet, die durch russische Sendboten beaufsichtigt werde und in enger Fühlung mit dem Hauptquartier der Bolschewiken in Moskau stehe. Scheidemanns Regierung halte man allgemein für auf sehr schwachen Füßen stehend. Ihre einzige Stütze sei die Streitmacht von 36 000 Mann unter Noske.

Deutsche Kriegsgefangene in England.

London, 11. März. (Havas.) Im Unterhaus teilte Winston Churchill mit, daß die Zahl der deutschen Kriegsgefangenen in England sich auf 100 358 belaufe, von denen 62 697 in der Landwirtschaft bei der Bodenmelioration, in der Forstwirtschaft, beim Schiffbau und bei anderen Arbeiten beschäftigt sind.

Eine aus dem Haag verbreitete Meldung von der Wiedereroberung Rigas ist nicht zutreffend. Die deutschen Truppen stehen noch in ziemlich weiter Entfernung von Riga.

Ein Wahlsieg der amerikanischen Demokraten.

New York, 11. März. Trotz allen Angriffen der gemäßigten Senatoren Borah, Reed, Ogorman gegen den Plan eines Völkerbundes erklärt sich die Mehrheit der öffentlichen Meinung in den Vereinigten Staaten von Tag zu Tag entschiedener für den Völkerbund. In dem Ausfall der Senatswahl im Staate Pennsylvania, der Heimat des Senators Knox, wo die Demokraten am Mittwoch den Sitz eines verstorbenen republikanischen Senators eroberten, sieht die demokratische Presse ein Zeichen für die Stimmung im Lande. Die heutigen Morgenblätter geben ohne weiteres zu, daß die Senatswähler von Pennsylvania die vom Senator Knox an die Wand gemalten Gefahren für die Freiheit und die Traditionen der Vereinigten Staaten nicht beachtet haben. Es scheint überhaupt von geringer Wichtigkeit, ob der Völkerbund in einer Woche und in drei Monaten gegründet wird, aber um so härter betont tritt der Wunsch hervor, daß der Friede so bald wie möglich geschlossen wird, ohne Rücksicht auf alle anderen Erwägungen.

Wer seinen Kartellvorrat fruchtbar durch Erbschaften und sonstige Mittel, handelt mag! Die Kartellager gehen schneller zur Neige als jemals!

Das Glücksarmband.

Roman von Rentzsch.

(Nachdruck verboten.)

Man vernahm nichts als ein tiefes, gleichmäßiges Atmen, und diese Stille und Ruhe tat Edmund Hertons wohl. Er trat aus Fenster und blickte hinaus, Wolken zogen über den Himmel; ein leichter Wind bog im Garten die Äste der Bäume gegeneinander. Dann blinzelte es hell auf; eine dunkle Wolkenbank zerriss, der Mond strahlte auf, Sterne blinkten, und ein Silberglanz glitt hin über die träumende Welt.

Edmund Hertons schloß die Augen, während er am Fenster stand. Er dachte an die Mädchenjahre seiner Mutter. Hier hatte sie gelebt, schön, jung, voll Feuer; hier lebte sie noch, eine alte Frau. Und der eigentliche Inhalt dieses Lebens? Ein paar kurze, glückselige Vorbestände, vielleicht Monate, vielleicht Jahre, jedenfalls unendlich wenig gegen die Länge eines Menschenlebens mit der Mutter.

Die Tür zu Christas Zimmer stand einen Spalt breit offen; da dort keine Rouleaus herabgelassen waren, schaute durch blaue Fensterheben der Mond herein, und umhüllte alle die vertrauten Gegenstände mit einem warmen Schein. Edmund Hertons trat dicht neben das Bett der alten Frau, um zu beobachten, ob man von hier aus durch das Mondlicht einen unangenehmen Eindruck erhalten könne, doch ersah er beinahe, als er die dunklen Augen der Daliegenden groß, weit offen auf sich gerichtet sah.

„Bist du wach, Mutter? Soll ich Christa rufen?“ fragte er besorgt.

Sie wachte leicht mit der Hand ab.

„Nein. Ich liege sehr gut so. Und es tut mir wohl, daß du bei mir bist, Edmund. Ich — ich fürchte mich.“

Sie tastete nach seiner Hand, ihre Finger brannten.

„Wovor, Mutter?“ fragte er sanft. Dabei folgte er dem Blicke ihrer Augen, die durch das Zimmer bis zu

der Tür nach Christas Gemach gingen, und nun sah auch er, was er früher übersehen hatte: Man erblickte von hier aus gerade den Glaschrank, in dem die blaue Schlange lag; seine Tür war geschlossen, aber das Mondlicht verlor sich in den geschlossenen Glasheben und tanzte flimmernd über das Opaltrüben hin, das kleine, vielfarbige Licht ausstrahlte; die Rubinenaugen funkelten wie zwei leuchtende Punkte.

„Ich werde die Tür schließen“, sagte Hertons, doch sie wehrte ihm.

„Nein! Doch nur! Ich kann ja die Augen zumachen. Nicht wahr? Und du bleibe bei mir — hier auf meinem Bett! Ich weiß nicht, was das bedeutet: Diese Unruhe, diese Erregung in mir! Und ich meine immer, ich höre etwas! Öffnet sich nicht ganz leise irgendwo eine Tür? Knarrt nicht irgend eine Diele? Geht Hans Robert wieder einmal über diese Erde — Hans Robert, der Mann mit dem heißen Herzen und dem lächelnden Verstand? Es gibt so viele Feinsgeister, Edmund. Dein Vater war nicht so, der hatte nur Verstand — gar kein Herz; daran geht man wohl nicht zugrunde, aber man verzieht unmöglich, wenn man daneben leben muß.“

Sie hielt inne und lag nun ganz still, mit geschlossenen Augen, doch dielten ihre Finger die seinen fest umklammert, und weil er nicht wußte, ob sie schlief oder wachte, blieb er regungslos sitzen.

Dann aber schien auch ihm diese Nachtstille seltsam belebt. War nicht doch noch jemand lebendig in diesem alten Haus außer den Personen, von denen er wußte? Er lauschte gespannt und vernahm deutlich ein Knarren; im selben Augenblick hob auch die alte Frau den Kopf, ohne jedoch die Augen zu öffnen.

„Hörst du es?“ — flüsterte sie leise, geheimnisvoll, und er mußte zugeben, daß sie recht hatte; wirklich klang, wenn auch fast unhörbar, durch die Stille der Widerhall eines Geräusches.

„Bleibe bei mir!“

„Ja, Mutter. Sei ruhig!“

„Schwöre, daß du hier bleibst, daß du dich nicht wegrührst! Ich kann nicht auch dich noch verlieren, und

ich verliere alle, die in den Vann der blauen Schlange kommen. Versprich es mir, Edmund, daß du hier bleibst — hier an meinem Bette!“

Wieder klang ein Laut durch das Schweigen der Nacht; es war, als ob jemand leise, ganz leise, einen Schlüssel in ein Schloß steckte.

Die Augen der alten Frau glühten.

„Bleibe bei mir!“ wiederholte sie immer wieder in einer fast wilden Angst.

„Ich rufe nach Christa“, sagte Edmund Hertons zweifelhaft.

„Nein! Nicht nach Christa rufen! Hier bleiben, bei mir! Und still sein, ganz still! Schließ die Augen, Edmund! Es ist am besten, man sieht nichts.“

Sie ließ die breiten Äder über die glänzenden

Sterne fallen und preßte den Kopf an seine Brust, sie wollte auch nichts hören.

„Sei still, Mutter!“ — sagte Edmund, halb aus einem inneren Drang heraus, halb um die Erregte zu beruhigen. — „Ich bleibe bei dir, ich verspreche es dir!“ Die Augen schloß er aber nicht, öffnete sie vielmehr weit und starrte auf den hellen Streifen der Wand, den er durch die Türspalte sehen konnte, und an dem jetzt ein Schatten vorüberglitt, eine große, hagere Gestalt unter einem breitkrempigen Hut, von der sich nun auch im Lichtkreis des Mondes eine lange, magere Hand ausstreckte.

Edmund Hertons wollte unwillkürlich aufstehen und zur Tür eilen, doch die Arme der alten Frau umklammerten seinen Hals, so daß er hätte Gewalt brauchen müssen, um sie abzuschütteln. Starr blickte er auf das Spiel der nach dem Schloß des alten Glasfächers tastenden hagern Finger, die diesen dann ein wenig öffneten und hineinsahen.

Unwillkürlich schrie Hertons auf: scharf schneidend blickte am vierten Finger dieser Hand im direkt darauffolgenden Mondesstrahl ein Ring von altertümlicher eigenartiger Fassung, und der Vater kannte diesen Ring, wußte genau, wem er gehörte.

(Fortsetzung folgt.)

Die Nationalversammlung

Weimar, 10. März. Auf der Tagesordnung steht die Interpellation: Was gedenkt die Regierung zu tun, um die Ernährung des deutschen Volkes sicherzustellen?

Reichsernährungsminister Schmidt: Die Frage, ob unsere Ernährung bis zum nächsten Wirtschaftsjahr ausreiche, muß ich verneinen. Was soll nun geschehen, um den Fehlbetrag zu decken? Es gibt zwei Wege: einmal könnten die Raten noch weiter herabgesetzt werden, das aber wird nicht möglich sein, denn die Lebensmittelpreise sind schon so gering, daß eine weitere Herabsetzung nicht möglich ist. Es bleibt also nur übrig, den Fehlbetrag durch Einfuhr vom Ausland zu decken. Da wir die Forderungen des Verbandes, unsere Handelsflotte auszuliefern, ohne Gegenleistung zu einer Versorgung Deutschs. abgelehnt haben, müssen wir den weiteren Verlauf der Verhandlungen abwarten. Trotz alledem stünde es nicht so schlimm mit unserer Ernährung, wenn uns nicht durch einzelne Streiks u. politische Unruhen die Einfuhrmöglichkeit aus dem neutralen u. sogar aus dem feindlichen Ausland unterbunden wäre. Wir hätten unsern Volk mancherlei Erleichterung schaffen können. Wir hätten Lebensmittel in nicht geringem Umfang, Reis, Getreide, Milch, Fleisch und Süßfrüchte, einführen können, wenn wir die nötigen Gegenleistungen dafür hätten bieten können, und zwar Kohle, Kali und Eisen. Weil wir Kohle, Kali und Eisen aber nicht bieten konnten, sind uns diese Lebensmittel vor der Nase weggeschnappt worden. (Lebhaftes Lachen.) Bewegung, Zusage: Die Schuld der Unabhängigen!

Jeder weitere Streik bedeutet also die Vernichtung des Reiches unserer Volkswirtschaft.

Weimar, 11. März. Auf der Tagesordnung stehen zunächst Anfragen.

Abg. Rahmann (Soz.) weist auf die unzureichende Versorgung der Bevölkerung mit Kartoffeln hin und fragt, was die Regierung zu tun gedenke, um die Kartoffelbestände, die auf dem Lande vielfach verborgen gehalten werden, restlos zu erfassen.

Reichsernährungsminister Schmidt: Die Gründe dafür, daß die Abgabe der Wochenration von 5 Pfund nicht überall stattfinden kann, liegen hauptsächlich in den Transport-schwierigkeiten. Wegen der Zurückhaltung von Beständen sind die zuständigen Behörden wiederholt zu scharfer Ueberwachung aufgefordert worden. Eine restlose Erfassung der Kartoffelbestände auf dem Lande läßt sich zurzeit schon deshalb nicht ermöglichen, weil die Kartoffeln in den Mieten noch am sichersten vor dem Verderben bewahrt werden. Sobald frostfreies Wetter zu erwarten ist — Anfang April —, werden die Transporte in verstärktem Maße wieder aufgenommen werden.

Es folgt die Interpellation: Mit welchem Recht haben verschiedene Eingestanden tiefe Eingriffe in den Religionsunterricht vorgenommen?

Der Abg. Dr. Wunum begründet die Interpellation aus der nervösen Unruhe heraus, die diese Eingriffe bei der christlichen Bevölkerung hervorgerufen hätten. Er wurde durch ein eigenartiges Zwischenspiel unterbrochen, das unter dem alten Regime einen Sturm der Entrüstung der Parteien ergeben hätte, die heute die neue Reichsregierung bilden. Es war kein Regierungsvertreter da, der die Interpellation beantworten konnte, und die Reichsregierung ließ sich entschuldigen: sie hätte nicht gewußt, daß die Interpellation heute auf der Tagesordnung stünde, was gestern morgen schon jeder Besucher der Wandelgänge wußte. Es wurde, damit die Interpellation nicht abgesetzt zu werden brauchte, für einen späteren Termin eine formulierte Erklärung der Regierung in Aussicht gestellt. Jedenfalls ist es ganz interessant, daß kein zuständiger Regierungsvertreter die Interpellation mit angehört hatte.

Das „gleiche Recht“ im neuen Deutschland.

Aus Leipzig wird gemeldet: „Der engere Ausschuss des Arbeiter- und Soldatenrats fordert die Beamten, da durch ihren Ausstand die Auszahlung von Kriegszulagen, von Arbeitslosenunterstützung, Löhnen usw. verhindert wird, auf, unverzüglich ihre Arbeit wieder aufzunehmen. Es werde nicht geduldet werden, daß die Beamten Ausstandsunterstützung durch Fortzahlung ihrer Gehälter bezögen. Der Arbeiter- und Soldatenrat werde Sorge tragen, daß den ausständigen Beamten die Ausstandstage an Gehalt abgezogen würden und werde weitere Maßnahmen in Erwägung ziehen.“ Das ist die „unabhängige Gleichheit“!

Die Versorgung der Rheinlande.

Weimar, 11. März. Der Nationalversammlung ist folgende Anfrage des Abg. Falk zugegangen:

Auf meine in der ersten Sitzung der Nationalversammlung am 19. Februar 1919 vorgetragene Bitte, die Reichsregierung möge dafür Sorge tragen, daß die Rheinlande genügend mit Brotgetreide, Mehl und Fett versorgt würden, erwiderte Herr Reichsminister Erzberger, die notwendigen Vorbereitungen dazu seien getroffen; es sei lediglich eine Stockung in der Sendung eingetreten. Gleichwohl sollten bis heute, abgesehen von Kartoffelwalmehl, als Ersatz für fehlende Kartoffeln und von geringen Nachlieferungen rückständiger Fettmengen, irgendwelche Zuweisungen weder in Mehl noch in Fett erfolgt sein. Ist das richtig? Welche Maßnahmen will die Reichsregierung ergreifen, damit die Bevölkerung der Rheinlande sofort und dauernd mit Fett und Mehl versorgt wird?

Kapitalrentensteuer.

Wie die „Tägliche Rundschau“ von zuverlässiger Seite erfährt, wird der Entwurf einer Kapitalrentensteuer demnächst der Nationalversammlung vorgelegt. Eine Steuer von 10 Prozent ist demnach auf alle Kupon-, Dividenden-, Scheine und auch auf die privaten Schulden zu bezahlen.

Der Kriegsplan des Spartakus.

Aus Flugblättern und Schriftstücken, die man bei den schon sehr zahlreichen gefangenen Spartakisten gefunden hat, ergibt sich, daß sich Spartakus ein sehr weites Ziel gesetzt hatte. Aus den Schriften werden auch die Zusammenhänge zwischen den Berliner Ereignissen und der russischen Werbetätigkeit klar. Der Generalstreik sollte das Stichwort zu einem großen Putsch sein. In Regierungskreisen wußte man schon seit längerer Zeit, daß der Spartakusbund nicht nur auf die bewaffnete Unterstützung des roten Soldatenbundes, sondern auch auf die der Volksmarine-division und der revolutionären Soldatenwehr rechnen konnte. Der Plan der Spartakisten war folgender: Zunächst sollte das Polizeipräsidium, und dann in den nächsten Tagen die übrigen öffentlichen Gebäude genommen werden. Am fünften Tage sollte die deutsche Republik ausgerufen werden.

Die Lage in Berlin.

Berlin, 11. März. Das Massenmorden in Lichtenberg geht in gewissem Sinne planmäßig vorwärts. Von militärischer Seite wird mitgeteilt, daß in Lichtenberg Spartakisten in Flugblättern ausdrücklich zum Mord aufgefordert haben. Uebrigens ist an die Spartakisten von ihren Führern die Weisung gegeben worden, keine Gefangenen zu machen, sondern jeden gefangenen Regierungssoldaten zu erschießen.

Die Stadt ist für ihre Bewohner die reine Hölle geworden. Bewaffnete Banden beherrschen Lichtenberg mit einer grausamen Willkür, die vor nichts zurückschreckt. Jeder besser gekleidete Bürger muß gewärtig sein, auf der Straße von einem Spartakiden festgenommen und auf eine Richtstätte zum Erschießen gebracht zu werden, wenn er sich nicht durch ein Lösegeld loskaufen kann.

Berlin, 11. März. Die Spartakiden sind bereit, zu verhandeln. In der heutigen Nacht erschien eine Abordnung der Spartakiden beim Reichswehrminister Noske. Auf die Frage, unter welchen Bedingungen der Frieden hergestellt werden könne, wurde ihnen geantwortet, daß sie sich bedingungslos übergeben und alle Waffen abliefern müßten. Die Verhandlungen sind noch nicht abgeschlossen. Seit heute räumen die Spartakiden ihre Stellung in Lichtenberg, da sie Gefahr laufen, umfaßt zu werden, und keine Aussicht mehr haben, ihre Stellung mit Erfolg zu behaupten. Sie haben eine große Menge von Maschinengewehren und Munition liegen lassen. Sie versuchen, durch die Warschauer Straße zu entkommen. Deswegen ist die über die Spree führende Oberbaumbrücke gesperrt worden. Alle Personen werden auf Waffen untersucht. Seit heute morgen rücken die Truppen in größerem Umfang auf Lichtenberg vor. Das Lichtenberger Rathaus ist von den Spartakiden bereits verlassen. Auch dort hat man eine große Menge Munition und Waffen vorgefunden. Gegenwärtig halten sich die Spartakiden noch in der Frankfurter Allee, wo noch lebhaft Kämpfe mit den Regierungstruppen stattfinden.

Berlin, 11. März. Der Privattelefonverkehr in Berlin ist teilweise gesperrt. Es dürfen nur dienstliche und Militärgespräche geführt werden.

Das Blutbad von Lichtenberg.

Nach Angaben des Polizeipräsidenten von Lichtenberg Fehr. v. Salmtz, der dem spartakistischen Massaker dadurch entrann, daß er die Spartakiden, die ihn zum Erschießen aus dem Gebäude des Polizeipräsidiums weggeschleppen wollten, mit einer größeren Geldsumme bestach, ist nicht daran zu zweifeln, daß dem Massenmord über 150 Menschen zum Opfer fielen. Wie er über die Vorgänge am Freitag in der „B. Z. a. M.“ mitteilt, zog die bewaffnete Spartakidenbande zuerst gegen das Postamt in der Margarethenstraße, das eine Abteilung der deutschen Schützen-division in Stärke von einem Offizier und 54 Mann als Besatzung hatte. Das Postgebäude wurde von den Spartakiden mit Minenwerfern und Maschinengewehren beschossen. Nach einem nahezu dreistündigen Kampf mit einer an Zahl weitüberlegenen Bande schickte diese gegen sechs Uhr nachmittags Parlamentäre vor, die wegen Uebergabe verhandeln sollten und durch List die Besatzung veranlaßten, die weiße Flagge zu hissen. Kaum war dies geschehen, so drangen die Spartakiden in das Postgebäude ein, entwaffneten die gesamte Besatzung und führten sie in den Hof der nahe gelegenen Schule. Die Postbeamten durften unbehelligt abziehen. Die Besatzung wurde auf dem Schulhof erschossen. Nach Mitteilung der deutschen Schützen-division konnten sich aber einige Leute der Besatzung retten. Diese bestätigten, daß die Besatzung des Postgebäudes fast ganz niedergemacht wurde. Nachdem das Postgebäude genommen war, wandte sich der größte Teil in die Alfredstraße. Es gelang ihnen, das Gebäude in wenigen Minuten zu erstürmen. Sämtliche Beamten, die uniformierten und die nicht-uniformierten, wurden unter Mißhandlung herausgeschleppt, in die verschiedenen nahe gelegenen Höfe gebracht und dort erschossen.

Nach russischem Muster!

Aus Weimar wird berichtet: Die Erfurter Spartakiden gingen auf die umliegenden Dörfer, plünderten die Gehöfte und zwangen die Bauern, ihre Ware in die Stadt zu bringen. Nur die Leute, die mit einem Ausweis der sozialdemokratischen Partei versehen sind, erhalten Brot!

400 000 Arbeiter für die Landwirtschaft gesucht.

Weimar, 11. März. Reichswirtschaftsminister Wilsch machte in der Sitzung des Reichswirtschaftsausschusses u. a. noch folgende Ausführungen: „Dringende Arbeit wartet in der Landwirtschaft auf Erledigung. Auf den größeren Gütern liegen z. B. die Kartoffeln noch in den Mieten unberührt. Die Landwirtschaft bedarf nach den angestellten Schätzungen der sofortigen Einstellung von 400 000 Arbeitern und Arbeiterinnen.“

Die Geheimdiplomatie der neuen Regierung.

Man schreibt dem „Bonner Gen.-Anz.“:

Die Führung der auswärtigen Geschäfte des Deutschen Reiches hat immer noch nicht den alten Methoden entsagt, die Öffentlichkeit über bestehende Schwierigkeiten im Klaren zu lassen. Das kommt jetzt wieder bei den Verhandlungen mit Oesterreich über den Anschluß an uns zum Ausdruck. Die bisherigen Berichte, namentlich über die Verhandlungen mit dem wieder von Berlin abgereisten Staatssekretär Dr. Bauer erwecken den Anschein, als ob die Verhandlungen ohne besondere Schwierigkeiten einem beschleunigten Ende zustreben. Das ist aber nicht der Fall.

Wie uns aus Wien gemeldet, stehen dort die weitesten Kreise und sehr viele einflussreiche Stellen der Anschlußfrage auch heute noch äußerst kühl gegenüber. Deutschland kann auf den Anschluß nur rechnen, wenn es sich ihn was kosten läßt. Man erwartet in Wien auf alle Fälle, daß Deutschland die Kriegsschuld Deutsch-Oesterreichs übernimmt. Dieses Zugeständnis bringt Dr. Bauer aber nicht aus Berlin zurück. Er hat in diesem Punkte glatte Ablehnung gefunden, da vereinbart wurde, daß jeder der Anschlußnehmern seine Kriegsschulden selbst deckt. Bezeichnend ist auch, daß das Berliner amtliche Communiqué verschweigt, welche Vorteile Wien in Zukunft zugebilligt werden sollen. Auf die Vornachstellung Wiens wird in Oesterreich das allgrößte Gewicht gelegt. Schließlich besteht dort die feste Ueberzeugung, daß eine weitere Radikalisierung von Sachsen und Bayern jede Anschlußmöglichkeit Oesterreichs ausschließt.

Aufrichtige Kenner der Verhältnisse machen keinen Hehl daraus, daß die Entente zurzeit mehr Aussicht hat, Deutschland ihrem Staatssystem anzugliedern als wir, und die Reichsregierung tut großes Unrecht daran, daß sie bei der Orientierung der deutschen Öffentlichkeit die alte Methode der Schönfärberei nicht endgültig aufgibt.

Ueber das Schicksal der Rheinlande.

Spricht sich laut der „Köln. Ztg.“ der Amerikaner Frank J. Kimonds wie folgt aus: Elsaß-Lothringen wird ohne Volksabstimmung französisches Gebiet, ebenso das wegen der Kohenschätze kleine, aber wichtige Gebiet des Saarlandes, das die französischen Kohlenbezirke durch den Krieg für mindestens 10 Jahre außer Betrieb gesetzt sind, und einige französisch sprechende Städte an der belgischen Grenze, wie z. B. Malmédy. Das übrige Rheinland westlich vom Rhein soll rheinische Republik werden, um es dem übeln Einfluß der preussischen Geistes zu entziehen. Da man aber den Rheinländern, das freie Selbstbestimmungsrecht nicht nehmen wolle, solle die Republik so lange bestehen bleiben, bis Deutschland seinen finanziellen Verpflichtungen gegen Frankreich und Belgien nachgekommen sei und alle Verpflichtungen erfüllt habe, die ihm der neue Versailles Vertrag auferlegt. Sei das geschehen, so würden die Besatzungsheere, die bis dahin am Rhein Wacht halten werden, zurückgezogen, und dann werde es der Bevölkerung der Rheinischen Republik überlassen werden nach ihrem freien Willen zu entscheiden, ob sie zu Deutschland zurückkehren oder als ein unabhängiger Staat weiter bestehen wolle. Während der Dauer der Besatzung aber, die ein Jahrzehnt währen könne, blieb das westliche Rheinland unter Aufsicht der Nationen des Völkerbundes und Deutschland endige am Rhein.

Aus dem besetzten Gebiet.

Ein Ausfuhrkommissar im besetzten linksrheinischen Gebiet. Die Handelskammer zu Berlin weist die beteiligten Kreise darauf hin, daß der Reichskommissar für Aus- und Einfuhrbewilligung mit Rücksicht auf die Verkehrserschwerungen zwischen dem besetzten linksrheinischen und dem rechtsrheinischen Gebiet einen Beauftragten in das besetzte Gebiet mit dem Wohnsitz in Köln, Blaubach 1, entsandt hat. Der Beauftragte wird für das besetzte linksrheinische Gebiet Ausfuhrbewilligungen nach den bestehenden Grundsätzen erteilen.

Neuregelung der Kriegsteuerzulagen.

Berlin, 10. März. Die bereits vor einigen Tagen angekündigte Neuregelung der Kriegsteuerzulagen für Reichsbeamte sowie für preussische Staatsbeamte ist inzwischen erfolgt. Sie wird dem Beamtenhaushalt, der unter der allgemeinen Teuerung besonders schwer zu leiden hat, weil er sich mit einem fast unveränderlichen Dienstlohn einrichten muß, eine wirksame Erleichterung bringen. Die Neuregelung enthält eine erhebliche Steigerung der laufenden Kriegsteuerzulagen. Sie setzt an die Stelle des bisherigen einigermaßen verwinkelten Systems von laufenden Kriegszulagen und Kriegsteuerzulagen ein einheitliche Zulage. Sie ist nach Teuerungsbezirken in drei Gruppen derart abgefaßt, daß an teuersten Orten die geringstbesoldeten Beamten die höchste Zulage (200 Mark monatlich) erhalten. In den weniger teuren Orten und mit dem Steigen der Gehälter fällt die Zulage (bis 130 Mark monatlich), Beamte, deren Gehälter 13 000 Mark übersteigen, erhalten keine Zulage. Daneben werden einheitliche Kinderzulagen in der Abstufung von 50 Mark, 40 Mark und 30 Mark nach den drei Gruppen gewährt. Der dringende Wunsch nach Gleichstellung der ledigen Beamten, die einen eignen Haushalt führen, mit den kinderlos verheirateten, ist erfüllt. Die Vertragsangestellten des Bureau-, Kassen- und Kanzleidienstes an größeren Orten erhalten die gleichen Zulagen wie die Beamten. Die Ruhegehaltsempfänger und Hinterbliebenen nehmen an der Verbesserung nach den bisherigen Grundsätzen teil. Die namentlich an den teuersten Orten und für die Empfänger der niedrigsten Gehälter sehr beträchtliche Verbesserung der gleichzeitigen an Stelle der bei einzelnen Verwaltungen gezahlten Sonderzulagen tritt, wird schon vom 1. Januar dieses Jahres an wirksam. Es erfordert allein für Preußen einen Jahresaufwand von weit über eine halbe Milliarde.

Wart und geht bis an die äußerste Grenze der Leistungsfähigkeit des Staates.

Der König von Bayern — obdachlos.

München, 11. März. Der ehemalige König von Bayern, der in der ersten Revolutionsnacht von München auf österreichisches Gebiet flüchtete, lehrte von dort wieder alsbald auf Schloß Wildenwarth zurück, das sich die königliche Familie zu ihrem ständigen Aufenthalt ausersehen hatte. Vor einigen Tagen traf der König in Begleitung seines Adjutanten, Graf von Hohenstein, in Kufstein ein und nahm dort im Hotel „Post“ Wohnung. Von dort machte er verschiedene Ausflüge in die Umgebung der Ruffsteiner Berge. Da indessen ein Trupp von zehn Spartakiden den König von Bayern verfolgte, mußte er nach kurzem Aufenthalt wieder abreisen, um in einem einsamen Hochtal Nordtirols vor seinen Verfolgern Zuflucht zu suchen. Auch der Bruder des Königs, der frühere Oberkommandierende im Osten, Prinz Leopold, ist aus München geflohen, da seine Internierung als Geisel bevorzogen sollte. Er wohnt gegenwärtig mit seiner Familie in Reutte in Tirol. Zu dem Verlangen der Innsbrucker sozialdemokratischen Volkszeitung, daß die Tiroler Landesregierung sowohl dem Prinzen als auch dem König den Aufenthalt im Lande Tirol untersagen solle, meinen die „Innsbrucker Nachrichten“, daß kein Anlaß bestehe, dem Exkönig den Aufenthalt in Tirol zu verweigern. Ein Tiroler Blatt schildert die Flucht des Königs aus Kufstein: Nachts standen mehrere Gendarmen auf der Innbrücke und im Hotel „Post“, um den König vor Ueberfällen zu sichern. Der König soll gesagt haben: „Jetzt bin ich 74 Jahre alt und habe keinen Platz, wo ich mein Haupt hinlegen könnte.“ Er stand frühmorgens am Fenster und weinte, den Blick nach seinem nahen Bayernlande gerichtet.

Der Bürgermeister von Saarbrücken seines Amtes entsetzt.

Genf, 11. März. Bürgermeister Mangold von Saarbrücken wurde von der französischen Militärbehörde seiner Funktionen enthoben.

Aus Stadt und Kreis.

Oberlahnstein, den 13. März.

(1) Frühling. Winterstürme wichen dem Sonnenmond. Nach den trüben Tagen der letzten Wochen hat der Himmel sein heiterstes Gesicht aufgelegt, gleichsam als wolle er uns für die lange Regenzeit entschädigen. Die Sonnenstrahlen sind schon maitenhaft warm und veranlassen manchen, der in letzter Zeit am liebsten hinter dem warmen Ofen gesessen, hinaus ins Freie zu wandern. Kein Wunder auch, wenn bei diesem Frühlingserwachen jung und alt neu belebt wird. Nicht lange mehr wird es nun dauern, und die Natur wird zu grünen beginnen; in Feld und Wald wird es lebendig werden und die Natur wird ihre Riesentätigkeit beginnen. Wenn doch auch endlich bei den Menschen die zielbewusste dauernde Arbeit einsetzen möchte!

(2) Wirtschaftsabteilung. Die im Befehl 41 vom 18. 1. 1919 der Interalliierten Kommission in Trier erwähnten Wirtschaftsabteilungen haben ihren Sitz: 1. für die Zone der belg. Armee a) Kommission der distrikte in Aachen, Monheim-Meer 42, b) Wirtschaftsabteilung in Trefeld, Osnabell 255; 2. für die Zone der englischen Armee Kommission economique Edin, Monopol Hotel; 3. für die Zone der amerikanischen Armee Economie section, Advance General Headquarters, American-Expeditionary Forces, Trier; 4. für die Zone der französischen Armee in Ludwigshafen und Mainz. Die Beförderungsanträge sind an die zuständigen Handelskammern einzureichen, die sie der Wirtschaftsabteilung weitergeben.

(3) Die Ferienordnung der Rheinprovinz die auch für das hiesige Gymnasium maßgebend ist für das Schuljahr 1919—20 ist vom Oberpräsidenten festgesetzt worden. Sie gilt für die Orte mit höheren Schulen oder Lehrer- und Lehrerinnenseminaren für alle Schulgattungen. Vor Ostern schließt der Unterricht am Donnerstag den 3. April, und beginnt wieder am Donnerstag, den 24. April. Pfingstferien sind vom Freitag, 6. Juni, bis Dienstag, 17. Juni; Hauptferien von Dienstag, 8. August bis Mittwoch, 10. Septbr. Weihnachtsferien von Dienstag, 23. Dezember, bis Donnerstag, 8. Jan. 1920. Das Schuljahr schließt am Dienstag, 30. März 1920.

(4) Die Ausstellung von Ausweisen. Die Schiffsgruppe West, Betriebsstelle Coblenz, teilt mit: In letzter Zeit sind verschiedene nicht einwandfreie Vorkommnisse bei Beantragung von Ausweisen festgestellt worden. Es wird daher hiermit bestimmt, daß für die Folge jeder Antrag auf Ausstellung von Ausweisen firmenmäßig unterschrieben sein muß. Jeder Antrag, welcher dieser Vorschrift nicht entspricht, wird zurückgewiesen. Es wird darauf aufmerksam gemacht, daß die Firmen für die Richtigkeit der in den Anträgen gemachten Angaben voll und ganz verantwortlich sind. Sollte es wieder vorkommen, daß Ausweise beantragt werden für Leute, die in den betreffenden Betrieben gar nicht beschäftigt sind oder deren Beruf gegen die betreffende Firma rücksichtslos einschreitet. Ausweise für Schiffer im Bezirk Bingen—Mainz sind nur durch die Schiffsgruppe West, Betriebsstelle Coblenz (Hotel Anker) zu beantragen.

(5) Vom Wein. Der Wein aus den deutschen Weerebeständen soll verkauft werden und zwar — wie stets bei solchen Verkäufen — nur an Großabnehmer. Die Mindestmenge ist 200 Hektoliter gleich 20 000 Liter! Die „E. Volksztg.“ schreibt hierüber: Zu der Dessenlichkeit bestehen zum Teil irrige Auffassungen über die Maßnahmen, die zum Zwecke der Verwertung der großen im Reich von Heer und Marine vorgehenden Weinbestände

getroffen worden sind. Es ist beabsichtigt, die Weinverträge im Interesse der Allgemeinheit so bald wie möglich in den Verbrauch zu überführen. Zu diesem Zwecke ist die Weinhandelsgruppe West in Berlin 7, Neue Wilhelmstraße 2 (Dorotheenhäuser), mit der Erfassung der Läger sowie mit der Lagerung, der pflegerischen Behandlung und dem Verkauf der übernommenen Weinmengen für Rechnung des Reiches beauftragt worden. Die Weinhandelsgruppe West zieht aus dieser Tätigkeit keinen Verdienst, sondern erhält nur ihre Unkosten ersetzt. Sie wird demnach mit dem Verkauf größerer Mengen, und zwar zunächst gewisser in Homburg übernommenen Partien, beginnen. Ein entsprechendes Angebot ist in den Tageszeitungen bereits veröffentlicht worden. Der Verkauf erfolgt zu Preisen, die nach Begutachtung durch Sachverständige vom Reichsüberwachungsamt festgesetzt werden. Hierbei ist in Aussicht genommen, nur eine Mindestmenge von 200 Hektoliter oder 10 000 Flaschen (!) an einen Abnehmer abzugeben. Eine solche Begrenzung ist technisch notwendig, weil bei den zum Verkauf gelangenden außerordentlich großen Porträten nicht mit jedem einzelnen Abnehmer über geringfügige Angebote verhandelt werden kann. Auch wird durch diese Bestimmung gesichert, daß in Anlehnung an die im Frieden bestehenden Verhältnisse der Großhandel beim Bezug beteiligt (das heißt allein zugelassen wird. D. Red.) wird. Die Mitwirkung des Weingroßhandels, der allein über die erforderlichen Lagereinrichtungen und Verkaufsorganisationen verfügt, ist bei den in Frage kommenden Mengen und bei der Qualität der Weine, die sachmännlicher Behandlung bedürfen, ein dringendes wirtschaftliches Bedürfnis. Solchen Händlern, die nicht die ganze Menge beziehen wollen, bleibt es unbenommen, sich mit anderen Firmen der Branche zum Bezug der Mindestmenge zusammenzuschließen. (Anmerkung der Red. Der langen Rede kurzer Sinn ist der, daß „der Einfachheit halber“ nur der „Großabnehmer“ in Frage kommt und der kleine Händler den Wein erhält, wenn sich große Spekulant zu vor gründlich die Hände gewaschen haben!)

Niederlahnstein, den 13. März.

(1) Schiffsgruppe West, Betriebsstelle Coblenz. Die Interalliierte Schiffsgruppe West hat folgende Verfügung erlassen: „Die G. J. N. C. untersagt jede Neubildung einer syndikalistischen Organisation oder einer beruflichen Vereinigung von Schiffsahrtstreibern im besetzten Gebiet, welches auch der erklärte Zweck dieser Vereinigungen sein möge. Das weitere Bestehen der beruflichen Zusammenschlüsse oder Vereinigungen, die bereits am 11. November 1918 bestanden, ist nur insoweit genehmigt, als sie nicht gegen die von den Besatzungsstruppen erlassenen Bestimmungen, die Wahrung der Interessen der Armeen und den streng ordnungsgemäßen Betrieb des Schiffsahrtsdienstes verstoßen.“

(2) Mellen a. d. L., 12. März. In unserer kleinen Gemeinde vollzieht sich dieser Tage eine für die Geschichte des Dorfes wichtige Begebenheit, indem unser weitbekannter und geachteter Herr Bürgermeister Sabel, der das Gemeindeoberhaupt 23 Jahre lang gewissenhaft vorstellte, von seinem Posten zurücktritt. An seine Stelle kommt der seit 2 Jahren hier wohnhafte Herr Karl Kloth, ein geborener Braunschweiger und in seinem Erwerbszweig als Mühlenbauer bei der Löhninger Mühle tätig ist. Ortsangehörige Bürger, denen man den Bürgermeisterposten angetragen hatte, haben abgelehnt und deshalb ist es um so freudiger zu begrüßen, daß Herr Kloth den immerhin schon verantwortlichen Posten übernommen hat. Möge es ihm vergönnt sein, das Amt zum Segen der Gemeinde recht lange verwalteten zu können.

Aus Nah und fern.

Limburg, 12. März. Das Ehrenbürgerrecht der Stadt Limburg ist in der Stadtverordnetenversammlung vom Samstag-Rentner Joseph Heppel aus Anlaß seines 70. Geburtstages am 6. Mai verliehen worden.

Dillenburg, 12. März. Vorige Woche wurden Dillenburg, Herborn und Umgebung mit dem Infanterie-Regiment 81 bis Friedensschluß belegt.

Aus dem Taunus, 11. März. Die Neuwahlen zu den ländlichen Gemeinderäten in dem unbefestigten Gebiet fanden allenthalben unter meist sehr starker Beteiligung statt. Selbst im kleinsten Dorfe tat man es nicht unter zwei Listen. Aber nur in Orten mit starker Arbeiterbevölkerung waren diese nach politischen Richtungen aufgestellt. In den kleinen Landorten war es gewöhnlich das Bestreben, den „alten“ Gemeinderat durch neue Männer zu ersetzen, wozu meist eine recht rege Werbetätigkeit einsetzt. In den meisten Orten war ihr jedoch der Erfolg verweigert. Fast überall brachte die Opposition von ihren sechs Kandidaten nur einen oder zwei durch, so daß die „Alten“ die Mehrheit im Dorfparkament behalten haben, während den „Jungen“ eine Mitwirkung gesichert ist. Aber auch in den meisten Industrieorten kam eine bürgerliche Mehrheit zustande. Nur in einzelnen Gemeinden erhielten die Sozialdemokraten die Mehrheit der Sitze im Gemeinderat.

Wiesbaden, 11. März. Im Polizeigefängnis hängt sich ein hier geborener, zuletzt in Mainz wohnhaft gewesener Mann, welcher wegen eines in Mainz verübten Einbruchdiebstahls hier festgenommen worden war.

Frankfurt, 12. März. Ein Kind ausgelegt. Zwischen Kolladen und Haustür ihrer Gastwirtschaft, Homburgerstr. 19, fand Samstagabend kurz nach 11 Uhr die Wirtin Hergebrüder ein sauber gebettetes und gut angeordnetes etwa acht Wochen altes Knäblein lebend vor. In einem beigelegten Briefe bittet die Eltern, daß sie „unter Tränen und aus Not gezwungen seien, den Knaben in andere, bessere und liebevolle Hände zu geben, da sie selbst

nicht mehr in der Lage seien, das Kind weiter zu ernähren“. Das Kind wurde vorerst dem Elisabeth-Krankenhaus übergeben. Die Eltern sind noch nicht ermittelt.

Gustavsburg. Unsere furchtbare Lebensmittelnot wird durch ein bedauerliches Vorkommnis aus hiesiger Gemeinde recht drastisch beleuchtet. Der alleinwohnende ledige Arbeiter Kohnort war seit einiger Zeit von seinen Bekannten nicht mehr gesehen worden. Man schöpfte schließlich Verdacht, daß ihm ein Unglück zugefallen sei. Als man nach ihm sah, fand man ihn völlig entkräftet in erbarmungswürdigem Zustande vor. Der Vermute wurde sofort in das Mainzer Krankenhaus gebracht, wo er nunmehr an den Folgen der unzureichenden Ernährung gestorben ist.

Coblenz, 13. März. Ein trauriger Gedenktag ist der 12. März. Gestern vor einem Jahre war es, als gegen die Mittagsstunde unvermutet mehrere feindliche Flugzeuge über unserer Stadt erschienen und eine Anzahl Bomben abwarfen, die leider eine beträchtliche Anzahl Opfer, darunter zahlreiche Tote forderten. Es war dies der zweite Flugzeugangriff und zugleich der verlustreichste. Der erste Flugzeugangriff war am Abend des 1. Oktober 1917.

Neuwied, 12. März. Am Mittwoch nachmittag 11 in Jelsch ein mit zwei Maultieren bespanntes amerikanisches Fuhrwerk in den Rhein gefahren. Unter dem Verdeck des Wagens saß ein Soldat, der im letzten Augenblick der Katastrophe auf das Verdeck hinauf kletterte. Als die Tiere den Wagen aber noch tiefer in den Rhein zogen, sprang der Soldat herunter, um das Ufer zu erreichen; er wurde jedoch von der Strömung mit fortgerissen und ertrank. Die Leiche des Ertrunkenen konnte noch nicht gefunden werden. Der Wagen mit den gleichfalls ertrunkenen Maultieren wurde später aus dem Fluß herausgezogen.

Mülheim (Ruhr), 12. März. Die Firma Thyssen bringt auf ihren Werken durch Anschlag zur Kenntnis, daß sie infolge der fortwährenden Unruhen und Arbeitseinstellungen, besonders durch die seit Monaten andauernden Streiks der Bergleute gezwungen sei, den Betrieb in aller nächster Zeit stark einzuschränken, vielleicht auch auf längere Zeit ganz stillzulegen. Sie bittet, um plötzliche große Arbeitslosigkeit mit ihren traurigen und unabsehbaren Folgen zu vermeiden, ihre Werksangehörigen, sich soweit wie möglich, nach einer andern Beschäftigung umzusehen.

Die Universität Hamburg gesichert.

Die Hamburgische Bürgerschaft überweist das eingebrachte Rotgesetz, betreffend Errichtung einer Universität in Verbindung mit einer Volkshochschule dem bestehenden Universitätsausschuß zur Prüfung. Da in diesem Universitätsausschuß die Mehrheit für die Errichtung einer Universität in diesem Sinne ist, so wird bereits in der nächsten Sitzung der Bürgerschaft die Universität beschlossen werden.

Wie manche Leute ihr Geld verdienen!

Vor zwölf Jahren wollte ein Besitzer in Frankfurt seinen Acker verkaufen, der weit draußen vor Frankfurt lag. Man bot ihm 25 000 M. Das war ihm zu wenig. In den nächsten Jahren wuchs die Stadt bis an den Acker heran. Die neue Zeppelin-Allee ging dicht an dieser Landstelle vorbei. Im Jahre 1913 erhielt er dafür 230 000 M. für sein Grundstück. Der Mann hat 205 000 M. ohne Arbeit verdient. Ein kleiner Beamter müßte beinahe 100 Jahre lang für dieses Geld arbeiten. Es ist nicht mehr als recht und billig, wenn der Staat einen Teil solcher Gewinne als Steuer erhält, damit die anderen Steuerzahler ein wenig entlastet werden. Diese Wertzunahme ist von den Bodenreformern schon seit Jahren gefordert worden.

Räuber mit Handgranaten.

In Mierostow in der Tuchler Heide (Westpreußen) wurden nachts von einer Räuberbande Handgranaten in die Wohnung des Besitzers Friede geworfen. Friede, seine Frau und die ältere Tochter wurden tödlich verletzt, die beiden Söhne schwer verwundet, die Wohnung völlig zerstört und ausgeraubt.

Literarisches.

Die Vertreter des neuen Deutschlands. Während früher die gelehrten Berufe die größte Zahl der Mitglieder zu den Parlamenten stellten, sind jetzt im Zeitalter der Demokratie sehr viele Männer in der Nationalversammlung, die aus den einfachen Volkskreisen hervorgegangen sind. Wenn man jetzt z. B. in dem eben erschienenen Büchlein „Die Nationalversammlung in Wort und Bild“ (Stuttgart, Volksverlag für Politik und Verkehr M. 1,20) die Lebensläufe der Abgeordneten liest, erkennt man so recht den Aufstieg des Volkes im neuen Deutschland. Da gibt es eine Menge Abgeordneter, die als Arbeiter oder Handwerker begonnen haben, um dann in die politische Laufbahn einzutreten. Es ist sehr lehrreich, diese kurzen Biographien zu lesen, deren Interesse noch dadurch erhöht wird, daß das Büchlein auch die Bilder der Abgeordneten enthält. Außerdem findet man darin eine belehrende Statistik der Wahlen und alles Wichtige über die neue Reichsverfassung.

AMBL. DACHSTEIN.
Maschine für Handbetrieb

Ambl. Abt. H.K. Charlottenburg 9.

